

Die Kirchengemeinden als Basis der Kirchenpartnerschaften am Beispiel von Görlitz und Oldenburg¹

von Hans-Ulrich Minke

Mit einer einfachen Feststellung will ich beginnen: Die 40 Jahren Deutsche Demokratische Republik sind zugleich immer 40 Jahre Bundesrepublik. Das jeweils andere politische und gesellschaftliche System hat in Ost und West zu einer eigenen Lebenswelt geführt. Das wirkte sich selbstverständlich bei der Gestaltung der Kirchenpartnerschaften aus. Wie im nachhinein erkennbar, haben die Westdeutschen zu selten reflektiert, was ihre „40 Jahre“ für ihren Lebensstil bedeuteten, der sich immer mehr von dem des Ostens unterschied, und die Mitteldeutschen hatten vor allem den Blick für den „real existierenden Sozialismus“, der den Zugang zur westlichen Lebenswelt versperrte. Jedenfalls waren nicht nur politische oder wirtschaftliche, sondern auch menschliche Gräben zu überbrücken – trotz der gemeinsamen Frömmigkeitstradition, trotz gleicher Kirchenstrukturen, trotz gemeinsamer Lieder und Gebete. Die Situation erforderte im Umgang ein erhebliches Maß an Einfühlen, Mitdenken und an praktischer Vernunft, wenn es um Erwartungen und Wünsche ging.

Hinderlich war oft beim Beginn einer Partnerschaft das ideologische Vorverständnis – von der Mangelwirtschaft der DDR abgesehen, die von vornherein zur Unterstützung motivierte. Wer immer sich in der westlichen Kirche für Partnerschaft engagierte, brachte seine Kenntnis vom marxistischen Sozialismus und seiner gewaltsamen staatlichen Durchführung in der DDR mit. Ebenso hatte man Kenntnis vom staatlich verordneten Atheismus.² Hinzu kam noch anderes: Jeder, der die Grenze überschritt, erinnert sich noch heute an Schikanen der Grenzorgane und an die von ihnen verbreitete Atmosphäre von Unbehagen und Furcht. Man erhielt dann von den Gastgebern Informationen über die ideologischen Zwänge und Behinderungen, die zu kennen für die Einleitung von Kontakten und die Vorbereitung von Gemeindebesuchen unerlässlich waren.

1 Dieser Aufsatz geht auf ein Referat zurück, das auf der Zeitzeugentagung des Diakonischen Werkes der EKD in Berlin vom 5. bis 7. Mai 2009 über Kirchenpartnerschaften in Ost und West gehalten wurde. Gewählt wurde aufgrund persönlicher Kenntnis die Partnerschaft der Evangelischen Kirchen der schlesischen Oberlausitz und Oldenburgs. Der Verfasser war von 1982–1999 Direktor des Diakonischen Werkes der oldenburgischen Kirche und damit zuständig für die Partnerschaft.

2 Dazu zusammenfassend über die Auswirkungen: Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949–1990*, München 2008, S. 407–410.

Deutlich wurde, dass die Kirche einen zwar von der Staatssicherheit argwöhnisch beobachteten, aber eigenständigen Bereich für Existenz und Arbeit hatte. Was das alles für den Alltag bedeutete, erfuhren Gemeindeglieder vor Ort bei Gemeindekontakten, die oft zu Freundschaften führten. So gesehen waren die Gemeindepartnerschaften das Zentrum und die Basis jener Gemeinschaft, die sich die deutschen evangelischen Kirchen in der Nachkriegszeit vorgenommen hatten und die selbstverständlich auch für die evangelischen Kirchen der schlesischen Oberlausitz und Oldenburgs galt.

Begründet wurde die Partnerschaft wie die Partnerschaften aller anderen Landeskirchen auf einer Tagung der Geschäftsführer des Hilfswerks Ende August 1949 auf Schloss Wolfsbrunnen bei Eschwege.³ Jedes westliche Hilfswerk und damit jede westliche Landeskirche der EKD erhielt eine östliche zum Partner – eine Aktion, die es in der deutschen Kirche so noch nie gegeben hatte. Aber Zeit und Not drängten: Das Ende der direkten Pakethilfe aus dem Ausland stand bevor; das Verbot von Textil- und Lebensmitteleinfuhren in die entstehende DDR⁴ drohte. In welcher Situation man sich damals in den mitteldeutschen Landeskirchen befand, zeigt der Bericht, den der Görlitzer Bischof Ernst Hornig (1894–1976) im Juni 1951 der Provinzialsynode gab: „Der Gemeinde und darum auch der Synode kann nicht verschwiegen werden, dass unser Hilfswerk durch schwierige Zeiten hindurch gegangen ist. Das hatte seine Gründe in der Tatsache, dass etwa 9 Monate lang 91 Einfuhrgenehmigungen für Transporte aus dem Ausland über die Zonengrenze in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nicht erteilt wurden. Damit aber entstand eine Lücke in der Versorgung der Hilfswerklager mit Lebensmitteln und Textilien, die sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1950 stark spürbar machte. Erst in den letzten beiden Monaten ist eine geringe Auflockerung eingetreten.“⁵ Was in solcher Situation die Beziehung zu den westlichen Partnerkirchen bedeutete, lässt sich denken. Sie hielten in ihren Hilfswerken ein flächendeckendes Netz vor, das mit Einzelsendungen helfen konnte. Das Hilfswerk war Ausweg und Alternative – in West wie Ost.

3 Dazu der Bericht von Christian Berg in: Joachim Beckmann (Hg.), Kirchliches Jahrbuch 1957, S. 226 f. und Karoline Rittberger-Klas, Kirchenpartnerschaften im geteilten Deutschland. Am Beispiel der Landeskirchen Württemberg und Thüringen. Göttingen 2006, S. 46–50.

4 Dazu Rittberger-Klas (wie Anm. 3), S. 47. Verantwortlich für das Verbot der Einführung war der DDR-Innenminister Karl Steinhoff (1892–1981).

5 Zitiert nach Hans-Ulrich Minke, Partnerschaft zwischen Görlitz und Oldenburg, 1949–1990, in: Oldenburger Jahrbuch 103, 2003, S. 177–186. 178.

Das Hilfswerk war auf der Kirchenkonferenz in Treysa am 30. August 1945 gegründet worden – als gesamtkirchliche Einrichtung, und zwar der verfassten Kirche⁶ – anders also als die Innere Mission, die auf Vereinsbasis neben der Institution Kirche existierte. Das Hilfswerk war als unmittelbarer Teil der verfassten Kirche mit dieser überall präsent und konnte materielle Hilfe, aber auch direkte gemeindliche Kontakte vermitteln. Die Stuttgarter Zentrale hat sofort nach der Zuordnung der Hilfswerke und damit der Begründung der Kirchenpartnerschaften im September 1949⁷ die gliedkirchlichen Hilfswerke zur Aufnahme von Partnerschaften in den Gemeinden aufgefordert. Vorsichtig vermutet, bestanden Ende 1954 in allen Gliedkirchen der EKD Gemeindepartnerschaften, die allmählich durch persönliche Kontakte mit Leben gefüllt wurden.

An dieser Stelle muss, ehe von Einzelheiten der Partnerschaft zwischen Görlitz und Oldenburg die Rede ist, darauf hingewiesen werden, dass auch für diese Partnerschaft gilt, was für alle übrigen Partnerschaften gegolten hat, dass nämlich auch sie eingebettet war in eine Vielzahl von Hilfsprogrammen. Zu allererst sind die jährlichen Betriebskostenzuschüsse für die kirchlichen Haushalte zu nennen. Nötig wurden diese Zahlungen verstärkt ab 1953, als Zug um Zug die staatliche Unterstützung beim Kirchensteuer-einzug wegfiel. Je nach Kirche mussten 30–60 % des Gesamtvolumens eines Haushalts vom Westen getragen werden. Finanziert wurden diese Zuschüsse zunächst in den 50er Jahren über Barzahlungen, die in Westberliner Wechselstuben eingetauscht wurden und später über die Sondervereinbarung (Kirchengeschäft A), die mit Staatssekretär Schalck-Golodkowski (geb. 1932) verhandelt wurden.⁸ Zu reden ist aber auch von dem Valuta-Transfer beim Sonderbauprogramm, dessen Kernstück der Berliner Dom war, auch von Textilhilfen, der Bruderhilfe und der Aktion „Stätten des kirchlichen Wiederaufbaus“. Für all diese Programme galt, dass sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit realisiert wurden. Als Landespfarrer, der neu die Aufgabe der Betreuung einer Partnerkirche übernahm,

6 Dazu Eugen Gerstenmaier in Treysa: „Das Hilfswerk dient den Hilfsaktionen der deutschen evangelischen Gemeinden, Kirchenkreise, Synoden, Provinz- und Landeskirchen sowie ihrer kirchlichen Verbände und Einrichtungen aller Art. Die Kirche ist aufgerufen, der Not zu begegnen mit allem, was sie ist und was sie vermag.“ Nach Fritz Söhlmann, Treysa 1945. Die Konferenz der evangelischen Kirchenführer 27.–31. August 1945, Lüneburg 1946, S. 83.

7 Schreiben des Generalsekretär Christian Berg vom 26. September 1949 an die gliedkirchlichen Hilfswerke.

8 Der genaue prozentuale Anteil der westlichen Betriebskostenzuschüsse an den Haushalten lässt sich nicht angeben. Fachleute vermuten, dass es unter Einbeziehung aller Zuweisungen 40 % der Gesamtausgaben waren.

hätte man sich ein Privatissimum des Diakoniepräsidenten gewünscht, der einen wenigstens in Umrissen über die Hilfe informiert hätte, um gezielter dem Partner zur Seite stehen zu können.

Die Öffentlichkeits-Abstinenz galt für das gesamte Gebiet der Partnerschaft. Selbstverständlich wusste die Staatssicherheit von den Gemeindepартnerschaften, aber, um sie nicht zu gefährden, war es ein Gebot der Klugheit, davon in der Öffentlichkeit – etwa in der Tagespresse – zu schweigen. Auch die Stasi – war damals das Motto – liest westliche Zeitungen, und man merkte spätestens beim nächsten Einreiseantrag, dass man gelesen und Überschreitungen bemerkt hatte. Dazu schreibt der pensionierte Direktor des Sächsischen Diakonischen Werkes, Oberkirchenrat i. R. Friedhelm Merchel⁹, in seinen „Erinnerungen eines Ruheständlers“: „Deutsch-deutsche Aktivitäten standen unter besonderer Beobachtung der staatlichen Stellen“. Und sein Braunschweiger Partner, Landespfarrer i. R. Eberhard von Bülow bestätigt: „Diese Arbeit unterlag der absoluten Geheimhaltung. Die Verhandlungen wurden mündlich geführt bzw. Aufzeichnungen und Briefe vernichtet, um die Aktion nicht zu gefährden!“¹⁰ Denn die Partnerbeziehungen waren staatlich nicht gebilligt; sie geschahen immer grundsätzlich auf privater Basis, wenn es um die Gemeinden ging. Dienstreisen wurden in jeder Richtung nur spärlich genehmigt.

Die Diskretion im Umgang untereinander erklärt vieles. Wenig wurde dokumentiert; die kirchlichen und diakonischen Archive sind wenig ergiebig.¹¹ Konsequent ist wohl auch, dass nach der Wende die Partnerbeziehungen selten beschrieben und über sie kritisch Rechenschaft gegeben wird. Wissenschaftlich bearbeitet ist nur die Partnerbeziehung Württemberg–Thüringen in der Dissertation von Karoline Rittberger-Klas¹²; zu nennen sind der Bericht über die 50 Jahre praktizierte Gemeinschaft zwischen Pommern und Schleswig-Holstein¹³; zu nennen ist auch der Aufsatz des Verfassers über die Partnerbeziehungen zwischen Görlitz und Olden-

9 Erinnerungen, auf Anregung von Präsident Neukamm verfasst und im Privatbrief vom 23. Mai 2008 an den Verfasser weitergegeben.

10 Privatbrief vom 29. Mai 2008 an den Verfasser.

11 Dazu bestätigend, Rittberger-Klas, a.a.O., S. 20: „Tatsächlich ist die Aktenlage für ein Forschungsprojekt zu Kirchenpartnerschaften nicht günstig. Vor allem im Osten hütete man sich, mehr schriftliche Beweise als nötig für die von der Staatsführung stets misstrauisch beobachteten und teilweise mit Schikanen geahndeten Kontakte zu hinterlassen, und auch im Westen versuchte man, die Partnerschaftsarbeit weitgehend im Stillen abzuwickeln.“

12 Siehe Anm. 3.

13 Siegfried Hildebrand (Hg.), Partnerschaft über Grenze und Mauer hinweg. 50 Jahre praktizierte Glaubensgemeinschaft zwischen Pommern und Schleswig-Holstein, Rendsburg 1996.

burg mit einem Verzeichnis aller daran beteiligten Gemeinden.¹⁴ Allgemein zu bemerken sind Zurückhaltung und Diskretion, wenn es um finanzielle Unterstützung geht. Bei der Darstellung der Neuanfänge in Sachsen unter dem Titel „So viel Anfang war nie – Sächsische Diakoniegeschichte in den 1990er Jahren“¹⁵ kommt keiner der Autoren auf die DM 50 Mio. zu sprechen, die die Hannoversche Kirche zur Anschubfinanzierung bereit gestellt hatte. Eine Ausnahme ist Wolfgang Höser, pensionierter Leiter des Diakonischen Werkes Thüringen, der in seinem Aufsatz über die „Finanzierung des diakonischen Auftrages in der DDR“¹⁶ von der vielgestaltigen materiellen und fachlichen Hilfe Württembergs für Thüringen berichtet und an die „erheblichen Impulse zur Glaubens- und Lebenshilfe“ im gegenseitigen Verhältnis erinnert. Informationen gibt vor allem der Vortrag von Heinz-Georg Binder 1995 vor der Enquête-Kommission des deutschen Bundestages über „Die Bedeutung des finanziellen Transfers und der humanitären Hilfe zwischen den Kirchen im geteilten Deutschland“. Aufschlussreich, mit viel Zahlenmaterial sind die Absätze über die Transfergeschäfte in der Biographie des Vize-Präsidenten des DWEKD, Ludwig Geißel.

Damit ist der Rahmen abgesteckt, in dem die Partnerschaft zwischen Oldenburg und Görlitz verlief, und es fällt schwer zu definieren, was denn in unserer Sicht über das allgemein Geltende hinaus der spezifisch oldenburgische Anteil an der Beziehung zu Görlitz war. Fest steht, dass wir in materieller Hinsicht mit der jährlich von der Synode bereit gestellten halben Million DM, aus der oft eine Dreiviertelmillion wurde, für die Funktionsfähigkeit der Kirche und ihrer Einrichtungen und zur Hilfe für einzelne Gemeindeglieder getan haben, was wir konnten. Dass wir dabei in Görlitz und Oldenburg erfinderisch und letztlich recht erfolgreich waren, lässt sich im Archivmaterial feststellen, selbst wenn es gelegentlich Rückschläge gab und die Partnerschaft an menschlichen Unzulänglichkeiten zu scheitern drohte. Da konnten Beteiligte menschlich nicht miteinander umgehen;

14 Siehe Anm. 4. Vgl. auch: Karl-Heinz Neukamm, Das Netzwerk kirchlich-diakonischer Hilfen in den Jahrzehnten der deutschen Teilung, in: Ursula Röper/Carola Jüllig (Hg.), Die Macht der Nächstenliebe, 1848–1998, Katalog Berlin 1998, S. 266–273.

15 Leipzig, 2004.

16 In: Ingolf Hübner/Jochen-Christoph Kaiser (Hg.), Diakonie im geteilten Deutschland, Stuttgart 1999, S. 117–130. Zum Ganzen: Ludwig Geißel, Unterhändler der Menschlichkeit. Erinnerungen, Stuttgart 1991, S. 231–440; Heinz-Georg Binder, Die Bedeutung des finanziellen Transfers und der humanitären Hilfe zwischen den Kirchen im geteilten Deutschland, in: Kirchen in der SED-Diktatur, Materialien der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, Bd. VI, 1, Frankfurt 1995, S. 559–582; ebenso: Walter Hammer, „Besondere Gemeinschaft“ – sehr konkret. Über die Hilfeleistungen westlicher Kirchen, in: Übergänge 16, 1990, S. 220–223.

Briefe wurden „hüben und drüben“ nicht geschrieben, Sendungen nicht bestätigt. Überzogene Wünsche verärgerten. Alljährlich wurden aber – um einen Überblick zu geben – je nach Bedarf und politischer Möglichkeit – Industriewaren geliefert: Von Fußböden über Endoprothesen für das orthopädische Krankenhaus in Rothenburg/Neiße bis zu Rechnern und Kopierern, dazu Baumaterial, Lüteanlagen und vieles mehr. Auf der Ebene der Mitarbeiter und auch von Einzelpersonen wurden von 1950 an Erholungsmaßnahmen und Kuren ermöglicht, Dienstwagen über sog. „nominelle Schenker“ geliefert und diverse Hilfsgüter für Einrichtungen und Mitarbeiter versandt. DDR-Auslandfirmen wie Genex waren dabei beteiligt. Zum fachlichen Austausch und zu Informationen wurden zwischen Oldenburger und Görlitzer Mitarbeitern Informations- und Fortbildungstagungen veranstaltet. Jährlich trafen sich die Diakone und Sozialarbeiter, und das regelmäßige Treffen der Kirchenleitungen wurde begleitet. Im Februar jedes Jahres traf man sich in Berlin, um die Warenlieferungen und Gemeindekontakte abzusprechen.

Herzstück der Partnerschaft waren die Begegnungen unter den Gemeinden. Und hier war auf beiden Seiten intensive, gezielte Gemeindearbeit notwendig – eine Arbeit, deren Bedeutung meist übersehen wird. Gemeinden in der schlesischen Oberlausitz und im Oldenburger Land, die bislang nichts miteinander zu tun hatten, mussten für eine Paten- bzw. Partnerschaft gewonnen werden und gemeindliche und zwischenmenschliche Kontakte entwickeln – unter den Bedingungen des kommunistischen Staates der DDR, der offiziell eine Partnerschaft zu Institutionen wie Kirchengemeinden nicht gestattete. Nur die persönlich-private Verbindung war politisch möglich, und deswegen ließ sich der Kontakt nur auf der persönlichen Ebene Einzelner realisieren, und dafür waren hüben und drüben einzelne Kirchenmitglieder zu motivieren. Auf der Seite des Oldenburger Partners mussten in den Gemeinden Christinnen und Christen gefunden werden, die bereit waren, sich zu engagieren, die also ihre Namen und ihre Anschrift hergaben, Briefe schrieben und eventuell zum Kennenlernen nach Ostberlin oder gar in die Oberlausitz reisten und die bereit waren, regelmäßige Pakete zu packen. Dabei handelte es sich in der Regel nicht um „Päckchen mit Kaffee, evtl. auch mit etwas Schokolade“, sondern um umfangreiche, der Mangelsituation der DDR angepasste Pakete, vor allem zu Weihnachten, die alle individuell verpackt, mit detaillierter Inhaltsangabe versehen und als „Geschenksendung, keine Handelsware“ deklariert werden mussten. 1987 waren das zum Beispiel 600 Pakete mit einem Gesamtwert von 42.000,- DM, für die das Diakonische Werk Oldenburg die Portokosten übernahm und deren Kosten in jedem Jahr im

Wesentlichen das Diakonische Werk der EKD trug. Hinzu kamen unzählbare Päckchen und Pakete einzelner Christinnen und Christen. 1987 fanden – um dasselbe Jahr wie das vom Paketversand herauszugreifen – in der schlesischen Oberlausitz 97 Begegnungen mit 389 Teilnehmern statt.

Ziel der Begegnungen war selbstverständlich, die menschlichen und gemeindlichen Kontakte zu fördern und christliche Zusammengehörigkeit zu realisieren. Dafür waren nicht nur die Kenntnisse der Lebensbedingungen in der DDR erforderlich, sondern das Görlitzer Interesse an den Gemeinden im Oldenburger Land und an den Oldenburger Lebensverhältnissen musste geweckt werden. Zur Einbahnstraße durfte die Partnerschaft nicht werden, wenn man vermeiden wollte, dass materielle Gesichtspunkte einseitig im Vordergrund standen.

Die Wende 1989/90, die beide Partner begrüßten, schuf eine neue Ausgangslage. Warenlieferungen und Pakete wie bisher waren mit dem Ende der DDR nicht mehr nötig, erforderlich war jetzt Fachberatung bei der Anpassung an die neue Rechtsordnung und das Arbeitsrecht der nun gemeinsamen Bundesrepublik Deutschland. Satzungen für die jetzt sich verselbstständigenden diakonischen Einrichtungen waren zu erarbeiten, deren Eröffnungsbilanzen in Auftrag zu geben und zu finanzieren und insgesamt Stellen- und Wirtschaftspläne zu entwerfen. Anschubhilfe wurde geleistet, etwa bei der Gründung der Diakoniesozialstationen. Einführungs- und Fortbildungsseminare wurden organisiert. Stichwort für die Konzeption der Partnerschaft in der Nach-Wende-Zeit war das Wort „projektbezogen“, nämlich projektbezogene Hilfe bei der Sanierung von Kirchen und Gebäuden, die dem Leben der Gemeinden und ihrer Diakonie dienen.

Offiziell beendet wurde die Partnerschaft zum 31. Dezember 2003 durch eine Vereinbarung der Bischöfe Wollenweber, Görlitz und Krug, Oldenburg – übrigens nicht ohne Proteste der Betroffenen. So protestierte in Oldenburg am 18. September 2004 eine Kreissynode mit einer Unterschriftenaktion und forderte die Fortführung der Kirchenpartnerschaft, um eine „zusammenfassende Organisationsebene“ für „übergemeindlichen Erfahrungsaustausch und gemeinsame Arbeitsseminare“ zu haben.¹⁷ Mit ähnlichem Inhalt erschien zur selben Zeit ein Leserbrief aus dem Görlitzer Kirchengebiet in der Berliner Kirchenzeitung „Die Kirche“. Im Mai 2004

¹⁷ Es handelte sich um die Kreissynode Butjadingen. Zum Ganzen: Nachlass Bischof Krug Nr. 13 im Archiv des Ev.-luth. Oberkirchenrates in Oldenburg. In einem Brief an den oldenburgischen Bischof bemerkte am 20. Juni 2004 der pensionierte Beauftragte für die Kirchenpartnerschaft Hans-Ulrich Minke: Beim Rundschreiben der Bischöfe handele es sich um „ein oberflächliches, die Geschichte ignorierendes Dokument, das weh tut“.

hatten beide Bischöfe in einem gemeinsamen Rundschreiben die Gemeinden ihres Kirchengebietes über das Ende informiert, und Bischof Krug nahm am 13. Mai 2004 in seinem Bischofsbericht vor der 46. oldenburgischen Synode dazu Stellung. Begründet wurde die offizielle Beendigung der Kirchenpartnerschaft mit dem Ende der kirchlichen Selbstständigkeit der schlesischen Oberlausitz infolge der Vereinigung mit Berlin-Brandenburg. Auf diese Weise fand der verlässliche 50jährige Einsatz vieler Kirchenmitglieder in Ost und West ein abruptes Ende.

Geblieben sind Kontakte einzelner Gemeinden, wie vermutlich in den anderen Gliedkirchen auch. Die während der Teilung Deutschlands praktizierte Kirchengemeinschaft war offenbar im Wesentlichen ein Anliegen der Erlebnis- und Trägergeneration und verblasste mit dem zeitlichen Abstand und der Normalisierung der Verhältnisse. Hinzu kommt eine unausgesprochene, belastende Diskrepanz. Während die diakonischen Einrichtungen in der ehemaligen DDR durch ihr Fachwissen und durch erhebliche Fördermittel zu modernen, der Konkurrenz standhaltenden Einrichtungen geworden sind, zwingt der erhebliche Mitgliederschwund die Kirchen zu Fusionen und zur großflächigen Zusammenlegung von Kirchengemeinden. Mit der Wende wurde offensichtlich, wie klein die Gemeinden geworden waren. Nach alledem liegt es nahe zu fragen, was denn die Partnerschaft in der Sicht des westlichen oldenburgischen Partners bedeutet hat, so wie es nützlich wäre, ähnliches vom Görlitzer Partner zu hören.

Zu allererst war die Entscheidung von 1949, die oldenburgische und die restschlesische Kirche aneinander zu binden, für beide Kirchen eine Horizonterweiterung. Man war aufgefordert, zu einer bisher nicht da gewesen, über den Tellerrand der eigenen Landeskirche hinausgehenden Zusammenarbeit und zu geschwisterlicher Verantwortung. Kirche wurde damit, was ihre menschliche und geistliche Seite betrifft, real. Klarsichtiger Glaube war dafür nötig – gefordert war also mehr als nationales Zusammengehörigkeitsgefühl. Unter denen, die sich in den oldenburgischen Gemeinden für die Partnerschaft engagierten, entstand ein neues Gemeinschaftsgefühl, das in die eigene Gemeinde hineinwirkte. Ich denke hier an das, was Frauenkreise leisteten, oder an die Gemeindekirchenräte, die immer wieder in die Partnergemeinde reisten.

Aufgabe und Ziel aller Partnerschaftsarbeit war es natürlich, dazu beizutragen, dass die östliche Partnerkirche auch in materieller Hinsicht ihre Arbeit tun konnte. Diese materielle Hilfe trug dazu bei, trotz deutlich sinkender Mitgliedezahlen an der volksskirchlichen Parochialstruktur festzuhalten und weiterhin ein breites volksskirchliches Angebot zu machen. Man war längst zur Minderheitskirche geworden, blieb aber nach eigenem

Selbstverständnis Volkskirche, zumal ja – wie Gespräche mit Zeitzeugen zeigen – die Höhe der Betriebskostenzuschüsse aus dem Kirchengeschäft A weitgehend unbekannt waren; man war also weitgehend im Unklaren, wie sehr man von westlichen Zahlungen abhängig war. 1985 erhielt, um Zahlen zu nennen, die Görlitzer Kirche 429.000,- M. als Zuschuss.¹⁸ Leider fehlen, um deren prozentuale Höhe einzuschätzen, Angaben über den Gesamt-Etat. In den Jahren bis 1989 wurden insgesamt von der EKD 1,4 Milliarden DM über Warenlieferungen transferiert.

Belastend ist für mich persönlich, dass ich mir trotz vieler Besuche in Görlitz wenig Rechenschaft über die menschlichen Folgen der 40 Jahre Sozialismus gegeben habe, auch wenn mir Zurückhaltung, mangelnde Eigeninitiative und Resignation auffielen.¹⁹ Ebenso wenig habe ich reflektiert, welchen Abstand im Erleben die 40 Jahre Bundesrepublik für die Christen der DDR bewirkt haben. Bei Begegnungen – vor allem wenn sie in Westdeutschland stattfanden – konnte ich beobachten, dass Besucher fast ausschließlich von dem Leben in der DDR und den ideologischen Zwängen im real existierenden Sozialismus berichteten und selten fragten, wie denn im Westen gelebt und das Geld verdient wurde. Dementsprechend stellt Manfred Wilke in seiner Besprechung des Kirchenberichts des Deutschen Bundestages fest: „Erst nach der Einheit erlebten die Deutschen in Ost und West, wie fremd sie sich in über vierzig Jahren der Teilung in den beiden Gesellschaften geworden waren.“²⁰

Das ändert freilich, um ein Resümee zu ziehen, nichts daran: Die Kirchenpartnerschaften waren für die beteiligten Kirchen in jedem Fall eine Erfolgsgeschichte: Hier kamen Menschen zusammen, die bislang einander fremd waren. „Immer wieder wurden uns die Schranken und Barrieren, die

18 Im Jahre 1975 waren es 473.000 M. Zum Vergleich seien die Betriebsmittelzuschüsse der benachbarten sächsischen Kirche genannt: 1975: 4.226.900,- M; 1985: 3.833.700,- M. (Angaben des Ev. Zentralarchivs Berlin). Zu beachten ist dabei der Rückgang der Mitgliederzahlen: Hatte die schlesische Oberlausitz nach Kriegsende noch 260.000 Mitglieder, waren es 1978 noch 125.000 und 1992 nach der EKD-Statistik noch 78.000. Es handelt sich dabei nicht nur um Austritte, sondern um lautloses Ausscheiden durch andauernde Verweigerung des Kirchengeldes, vor allen Dingen aber darum, dass die Sterbefälle in keiner Weise mehr durch die wenigen Taufen ausgeglichen wurden. Dazu: Detlef Pollack, Von der Volkskirche zur Minderheitskirche. Zur Entwicklung von Religiosität und Kirchlichkeit in der DDR, in: H. Kaelble, J. Kocka, H. Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 271–294.

19 Dazu Hans-Joachim Maaz, Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990, S. 61 ff.

20 Manfred Wilke, Erinnerungskultur in Deutschland – ein Blick auf den „Kirchen-Bericht“ und das Gedenkstättenkonzept der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages, in: Christian-Erdmann Schott, In Grenzen leben – Grenzen überwinden (Maser-Festschrift), Münster 2008, S. 225–253, 227.

zwischen uns stehen, bewusst; doch der Glaube an Gott verbindet uns, und dieses Band ist stärker als Grenzen und Schranken“, schrieb 1980 ein Teilnehmer einer Begegnungsreise.²¹ Auf diese Weise wurde nicht nur die Gemeinschaft der Glaubenden im Bereich der Partnerkirchen realisiert, sondern gleichzeitig auch ein Beitrag zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten geleistet.

Hans-Ulrich Minke: Zbory jako baza dla budowania partnerstwa kościelnego na przykładzie Görlitz i Oldenburga

Hans-Ulrich Minke, obecny prezydent Śląskiego Zjazdu Kościelnego, podczas swej aktywnej służby był kierownikiem Działu Diakońskiego Kościoła Ewangelickiego w Oldenburgu. Dokonuje on na łamach tego artykułu retrospekcji na 54 lata partnerstwa między kościołami w Oldenburgu i w Görlitz, ujmując w nim finansowe i ludzkie aspekty, przyznając się zarazem do popełnionych błędów. Partnerstwo to funkcjonowało nie tylko na płaszczyźnie zwierzchnictwa kościelnego, lecz potwierdzało i potwierdza swą siłę w kontaktach między członkami zborów, wychodząc dalece poza formalne ramy partnerstwa, które oficjalnie zakończono 31 grudnia 2003 r.

21 Zu Ergebnissen und Chancen der Partnerschaften: Gesine Hefft, Was eint uns, wenn uns nichts mehr trennt? Kirchliche Gemeindepartnerschaften vor und nach 1989, Begegnungen 15, Berlin 1996.